

Dr. Carstens (Fehrnau)

(A) nens und Forschens, das Klima des wissenschaftlichen Arbeitens und die Geltung der akademischen Standards entscheidend beeinträchtigt sind.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: In Kreibichs Sumpf!)

Wie ist es möglich, so möchte ich Sie fragen, Herr Bundeskanzler, daß an der **Universität Frankfurt am Main** im November des vorigen Jahres der **Studentenführer Cohn-Bendit** vor etwa 1 000 dort versammelten Zuhörern mit Bezug auf die Mitglieder der **Baader-Meinhof-Bande** erklären konnte — ich zitiere ihn wörtlich —:

Wir werden unsere Zeitungen und Schriften den Berliner Genossen zur Verfügung stellen, wenn sie die Gründe für ihr Handeln darlegen wollen. Wir werden uns nicht von ihnen distanzieren.

Wie ist es möglich, so frage ich Sie, Herr Bundeskanzler, daß am Eingang zum Hauptgebäude der **Frankfurter Goethe-Universität** die Parole prangt: „Es lebe die RAF“, die Rote Armee Fraktion?

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Osswald ist das, Bielefeld, der Spießgenosse von der FDP!)

Wie ist es möglich, daß dies alles geschieht, ohne daß Sie, Herr Bundeskanzler, ohne daß Herr Osswald, der Ministerpräsident des Landes Hessen, dagegen Stellung nehmen?

(B) Alles das wird leider weit übertroffen durch die Verhältnisse an der **Universität Berlin**. Denjenigen, die soeben Zwischenrufe gemacht haben, möchte ich einmal den Brief vorlesen, den das Sozialistische Assistentenkollektiv des Fachbereichs Rechtswissenschaft in Berlin an einen Professor gerichtet hat, der von der Universität Münster nach Berlin berufen worden war. Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

Stell' Dir vor, Du gehst mit Deiner Frau und Deinen Kindern auf dem Kurfürstendamm spazieren,

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Herr Schütz, hören Sie zu!)

und plötzlich bist Du von einer Tränengaswolke eingenebelt und bekommst vielleicht noch eins mit dem Gummiknüppel ab. Es wäre doch vielleicht besser — das mußt Du verstehen —, im schönen Münster zu bleiben mit seinen vielen Fachwerkhäusern und den großen gotischen Kirchen, dem Prinzipalmarkt und der Kneipe „Pinkus Müller“.

Dies, Herr Bundeskanzler, ging durch alle Zeitungen. Was haben Sie dagegen unternommen, was hat der Berliner Senat —

(Lachen bei der SPD)

— Ja, das meine ich, wenn ich davon spreche, daß es in diesem Lande rechtsfreie Räume gibt. Das finden Sie offenbar komisch, meine Herren.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Da sitzen sie doch! Ihr seid doch die Schuldigen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wenn Sie diese Dinge komisch finden, leugnen Sie — lassen Sie sich das sagen — das Wesen des Rechtsstaates

(Dr. Schäfer [Tübingen] [SPD]: Das haben Sie getan!)

— nein, das habe ich nicht getan —, das darin besteht, daß er sich überall, auch an den Universitäten, durchsetzen muß.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das, meine Damen und Herren, ist der große Jammer in diesem Lande, daß es den beiden in Bonn, in Düsseldorf und auch an anderer Stelle regierenden Parteien nicht gelingt, in dieser Auseinandersetzung eine wirklich klare und eindeutige Position zu beziehen. Anstatt das zu tun, reden Sie sich auf Hysterie und Panikmache hinaus und rufen und hetzen die Wähler gegen einzelne Politiker der CDU/CSU auf.

(Zurufe von der SPD)

Aber die Wähler werden das durchschauen, und ich vertraue darauf, daß sie Ihnen die Quittung dafür erteilen werden.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: So ist es! — Stücklen [CDU/CSU]: Aber deutlich! — Weitere Zurufe von der SPD)

Das alles gilt ungeachtet der Tatsache, Herr Bundeskanzler, daß Sie hier heute manches gesagt haben, was die Lage richtig wiedergab und womit Sie die Lage richtig geschildert haben. Aber Ihre Führungskraft wird nicht an Ihren Reden gemessen werden, Herr Bundeskanzler, sondern daran, ob Sie zu handeln imstande sind

(Beifall bei der CDU/CSU)

und ob es Ihnen gelingt, Ihre Partei hinter die von Ihnen vertretene Linie zu bringen, oder ob Ihre Partei weiter den Vorstellungen ihres Vorsitzenden Brandt folgt, daß nämlich diejenigen, die den Terror mit größerer Entschiedenheit bekämpfen wollen als er selbst, eine ebenso große Gefahr für den freiheitlichen Staat darstellen wie die Terroristen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassend für die CDU/CSU einige klar formulierte Forderungen stellen; erstens: Überwachung, und zwar sofortige Überwachung des Verkehrs der Anwälte mit den Mitgliedern der Terrororganisationen und ähnlicher Organisationen, um zu verhindern, daß aus den Gefängniszellen heraus die Terroraktivität mit Hilfe der Anwälte weiter fortgesetzt und geleitet werden kann,

(Beifall bei der CDU/CSU)

zweitens: Verschärfung der Bestimmungen über das Demonstrations- und das Versammlungsrecht, drittens: offensives Vorgehen der Bundesregierung und der Sicherheitsorgane gegen die Terrororganisationen, eine viel stärkere Einwirkung auf die Gruppe der Sympathisanten, denen in deutlicher Weise klargemacht werden muß, daß sie dadurch, daß sie mit diesen Gruppen sympathisieren, den Rechtsstaat und unsere rechtsstaatliche Ordnung gefährden, viertens: Unterbindung der vergiftenden Propaganda an Schulen und Hochschulen, der Propaganda, die besagt, daß wir in einem Lande leben, in

Dr. Carstens (Fehrnau)

dem wenige die große Masse der Bevölkerung ausbeuten, daß wir in einem Lande leben, das durch Klassenkampf im marxistischen Sinne gekennzeichnet ist, daß wir in einem Lande leben, in dem nur mittels Konflikt, und das heißt doch letztlich, mittels Klassenkampf, gerechtere Verhältnisse hergestellt werden können! Sagen Sie nicht nur, Herr Bundeskanzler, daß dies der freiheitlichste Staat ist, den die Deutschen in ihrer Geschichte jemals gehabt haben, sondern sorgen Sie dafür, daß in Ihren eigenen Reihen dieses unsinnige Gerede von Ausbeutung und Klassenkampf aufhört! Wir müssen zusammenstehen

(Dr. Ehrenberg [SPD]: In Sonthofen! — Weitere Zurufe von der SPD)

und uns nicht im Klassenkampf zerfleischen, wenn wir die schwere wirtschaftliche Rezession, durch die wir hindurchgehen, überwinden wollen und wenn wir den Arbeitslosen helfen wollen und wenn wir die notwendigen Reformen durchführen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Marx [CDU/CSU]: Herr Ehrenberg hat seine Giftspritze in Bewegung gesetzt!)

Fünftens. Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich durchzugreifen und klar Farbe zu bekennen in der Frage der Einstellung von Mitgliedern kommunistischer Parteien und Organisationen in den Staatsdienst!

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: So ist es!)

Sechstens. Sorgen Sie dafür, Herr Bundeskanzler, daß an den Universitäten wieder Recht und Ordnung einziehen, daß sich Forschung und Lehre wieder frei entfalten können, und entschuldigen Sie sich nicht damit, daß der Bund auf diesem Gebiet keine Kompetenzen habe! Sie haben es für richtig gehalten — obwohl Sie selbst sagen, daß Sie keine Zuständigkeit besaßen —, die Regierungschefs der Länder, die Parteivorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden zu Besprechungen über den Fall Peter Lorenz einzuladen. Ich sage noch einmal: Das Ergebnis dieser Besprechungen tragen wir mit und trage auch ich mit. Aber nun ergreifen Sie bitte die Gelegenheit und laden Sie die Regierungschefs der von SPD und FDP regierten Länder ein und machen Sie ihnen klar, wie endlich ein Zustand herbeigeführt werden kann, bei dem einige der Universitäten dieser Länder aufhören, Stätten des Faustrechts und des Terrors zu sein!

Siebtens. Hindern Sie endlich in wirksamer Weise Ihre eigenen Parteifreunde, sich auf Volksexperimente einzulassen! Führen Sie, Herr Bundeskanzler, uns keine kurzfristigen Kraftakte vor! Erkennen Sie das Problem in seiner vollen Schwere, in seiner vollen Schärfe! Tun Sie etwas, damit dieses Land seinen inneren Frieden wiederfindet und damit das Recht, welches der Garant unserer Freiheit ist, endlich wieder den Respekt erhält, den es verdient, und zwar überall!

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Minister des Landes Rheinland-Pfalz, Theisen.

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Die schrecken vor nichts zurück! — Weitere Zurufe bei der SPD)

Staatsminister Theisen (Rheinland-Pfalz): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat meine kurze Rede, die ausschließlich sachbezogen war und die ich als Mitglied des Bundesrates gehalten habe, als — wörtlich — „überflüssig“ bezeichnet.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist seine ganze Arroganz! — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Damit hat der Herr Bundeskanzler in für mich unerträglicher Arroganz die verfassungsmäßigen Rechte eines Mitglieds des Bundesrates verletzt.

(Dr. Schäfer [Tübingen] [SPD]: Nein!)

Ich bin mir gewiß, im Namen des Bundesrates zu handeln,

(Dr. Ehrenberg [SPD]: Im Namen des Bundesrates, das steht Ihnen ja wohl nicht zu!)

wenn ich hiermit die Einmischung des Herrn Bundeskanzlers in meine eigenen Angelegenheiten zurückweise.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU)

Auch ein Mitglied des Bundesrates entscheidet (D) selbst, ohne Zensur des Bundeskanzlers, ob sein Beitrag angebracht ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wehner.

Wehner (SPD) (von der SPD mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es fällt dem, der spricht, ebenso wie denen, die den Eindruck erwecken möchten, daß sie zuhören, natürlich schwer, zu später Stunde und nach der Debatte des heutigen Tages — wobei man noch nicht einmal weiß, ob die Debatte schon zu Ende ist —, einiges darüber zu sagen, daß Sie anders werten mögen, als es sich heute fast während des ganzen Tages in Ihren Diskussionsbeiträgen gezeigt hat. Wenn ich mir das vor Augen führe, was Sie, Herr Carstens, hier am Schluß als zusammenfassende Forderungen und Vorschläge gebracht haben,

(Stücklen [CDU/CSU]: Das war gut, nicht wahr?)

so ist das, gemessen an dem, was den Anlaß zu dieser langen Debatte gegeben hat — es waren jene schrecklichen fünf Tage und Nächte —

(Widerspruch bei der CDU/CSU — Dr. Jenning [CDU/CSU]: Wir haben schon vor Monaten Gesetzentwürfe vorgelegt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wehner

(A) — Ja, sicher, die waren es.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

— Ach so, es ist Ihnen gar nicht nahegegangen, was in diesen fünf, sechs Tagen geschehen ist!

(Beifall bei der SPD und der FDP — Widerspruch und Pfui-Rufe bei der CDU/CSU)

— Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, wie Sie es gerne möchten. Es ist ganz klar, wie Sie es gerne möchten.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Sie haben ja immer recht. Dazu haben Sie auch jene bestimmten Buchstaben in Ihrem Parteinamen. Sonst sind Sie ja überhaupt keine Partei.

Es war eigentlich dürftig, Herr Carstens, was da am Schluß angesichts des Aufwandes zum Vorschein gekommen ist. Wir haben immerhin den Versuch gemacht, mit einem Entschließungsantrag der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten Anregungen zu geben.

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Wir auch!)

— Ja, sicher. Wir haben uns Ihre Vorlagen sogar angesehen. Wir sind sogar auf einige davon zu sprechen gekommen, was man von Ihnen, unser Erzeugnis betreffend, nicht sagen kann. Aber natürlich, das ist nicht jedermanns Geschmack.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Ziffer 3 z. B.!)

— Ziffer 3 unseres Entschließungsantrages lautet:

(B) Unsere Rechtsordnung ist den Bedürfnissen unserer Zeit angepaßt worden.

(Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist die Frage!)

Alle gesetzlichen Möglichkeiten unseres Rechtsstaates müssen voll angewandt werden.

Ich möchte angesichts von Ihnen sagen, was mich an dieser Debatte heute eigentlich besonders bedrückt.

(Maucher [CDU/CSU]: Das ist die Rede von Brandt!)

Mich hat besonders bedrückt, daß die eigentlichen Fragen hier nur noch sozusagen die Kulisse dargestellt haben. Das ist es, worum es geht.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Damit hat Herr Brandt angefangen!)

Das geht auch daraus hervor, daß Sie sagen, Sie hätten Ihre Anträge ja viel früher gestellt. Nein, das, was unser Staat und die Menschen in diesen Tagen und Nächten erlebt haben, ist für Sie in Wirklichkeit gar nichts.

(Zustimmung bei der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU — Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Sie sind ein Pharisäer!)

Hier haben wir etwas durchgemacht, an das wir noch häufig denken werden. Sie werden dann irgendwo sein, meine sehr verehrten Damen und Herren von jener Seite des Hauses; aber Sie werden

sich ja nicht stellen. Das haben wir erlebt. Herr Strauß war heute, als es um diese drei Gespräche ging, die ja sicher für keinen der Beteiligten ein Vergnügen waren, bemüht, sachlich zu sein. Das war aber auch die einzige Stelle, an der er sich bemüht hat, sachlich zu sein. Das zeugt wohl davon, daß auch ihm bewußt war und wohl noch irgendwo bewußt ist, was das eigentlich für eine Prüfung war, die uns auferlegt worden ist.

(Maucher [CDU/CSU]: Oh!)

— Sie sagen „oh“. Sie merken irgendwann auch noch einmal, was das für eine Prüfung war.

(Beifall bei der SPD — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Was soll das Ganze?)

Sie sind ja nicht zu beschreiben, weil Sie meinen, Sie seien der Staat.

(Lachen bei der CDU/CSU — Jäger [Wangen] [CDU/CSU]: Wer meint denn das?)

— Ja, sicher! Und dann die Unbefangenheit, mit der z. B. ein Herr wie der Herr Carstens hier einen Vergleich gezogen hat, indem er eine Äußerung von mir vom November 1966 zitierte! Ist Ihnen, sehr verehrter Herr Vorredner, als Ihnen dieser Zettel untergeschoben wurde, eigentlich ganz bewußt gewesen, daß es damals hier eine Regierung gab, die eine Minderheitsregierung war, die in diesem Hause keine Mehrheit mehr hatte und deren Minderheitspartei uns auferlegen wollte, wie wir es eigentlich machen sollten? Das war eine andere Lage.

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Natürlich, Sie waren eine Minderheitspartei, und die Minderheitsregierung, die keine Mehrheit mehr im Hause hatte und es auch nicht wagte, die Vertrauensfrage zu stellen, obwohl wir eine Mehrheit des Hauses gehabt haben, die die Regierung aufforderte, die Vertrauensfrage zu stellen, wollen Sie heute vergleichen mit unserer gesetzlichen Mehrheit und einer Regierung, die sich auf eine Koalition der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten stützen kann! Da ist ja Ihre Roßtäuscherei ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Marx [CDU/CSU]: Rabulistik!)

— Nein, nein. Da kommt aber auch Ihre Methode zum Vorschein: Sie sind Leute, die Situationen „als ob“ herbeiführen wollen, als ob es so sei.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Jenninger [CDU/CSU]: So wie heute!)

Nur eines sind Sie wirklich, jedenfalls die, die sich das ausdenken: Sie sind wirklich Reaktionäre. Alles andere ist bei Ihnen „als ob“. Alles andere ist bei Ihnen „als ob“.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Sie sind ja nicht ganz gescheit! — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist nicht die Sprache eines Sozialdemokraten! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Dann kommen Sie hierher und wollen uns für bestimmte sogenannte rechtsfreie Räume verantwortlich machen, in denen sich der Terror ausbreitet.

Wehner

(A) Natürlich haben Sie ein einziges Anliegen: das, was mit dem Namen Baader, Meinhof und der anderen Terroristen verbunden ist, immer in eine Beziehung zu uns zu bringen und immer Bindestriche zu uns herzustellen. Das ist die einzige Originalität an Ihrer ganzen sogenannten Strategie.

(Frau Berger [Berlin] [CDU/CSU]: Schämen Sie sich, Herr Wehner! — Zuruf des Abg. Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU])

Der Herr Strauß hat heute eine interessante Freudsche Fehlleistung gemacht. Die Frau Präsidentin war ihm doch wohl eigentlich entgegengekommen, als sie — — — seine langatmige Antwort war im Grunde genommen ein Erguß auf die kurze sachliche Anfrage der Bundestagspräsidentin,

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Vorsichtig mit der Fäkaliensprache!)

was er eigentlich mit gewissen Äußerungen meine. Er hat angesichts der bevorstehenden Debatte mit einer Suada darauf geantwortet. Und wenn der mit einer Suada antwortet, dann ist es bei ihm klar: Hier kommt du nur mit viel Schaum weg, sagt er, anders geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Lachen und Zurufe von der CDU/CSU)

Er hat ja heute den Brief selbst vorgelesen. Ich brauche ihn nicht vorzulesen; es wäre mir auch schwergefallen. Aber ich hätte ihn beinahe im Ton imitiert. Herr Strauß hat den Brief ja selbst vorgelesen, und das alles, weil er hier sagen sollte, wen er und was er meint mit jenem „ganzen Haufen von Baader-Meinhof-Verbrecher-Sympathisanten“ in den beiden Bundestagsfraktionen der FDP und der SPD.

(B) Sie, Herr Strauß, haben sich auch mit der Suada jetzt nicht davon befreien können, daß das, was Sie gegen die beiden Fraktionen ausgesprochen haben, bewußte verleumderische Hetze ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Immer nur so weitermachen! — Dr. Marx [CDU/CSU]: Das sagt Deutschlands Oberhetzer!)

Sie sagen: Was nach dem ersten Weltkrieg — da komme ich auf Ihre mehr philosophisch-historischen Ausflüge, kann es aber nur ganz kurz machen —

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Mit Grund!)

mit der Dolchstoßlegende gemacht und bezweckt gewesen sei, sei jetzt sozusagen mit dem, was Sie „Neue Linke“ nennen, gemeint. Ihnen, Herr Strauß, und Ihregleichen — sowohl den Semantikern unter Ihnen als auch den Krisenorganisatoren und -herbeirufern unter Ihnen, die ja zusammenarbeiten — kommt es nicht darauf an, daß Terroristen lahmgelegt und unschädlich gemacht werden, sondern so vieldeutig wie möglich die Tatsache, daß es solche Terroristen gibt, dazu auszunützen, Dunstkreise zu beschreiben und möglichst viele als in diesem Dunstkreis befindlich zu verdächtigen.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Mit solchen Leuten sollen wir zusammenarbeiten! — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Pfui! — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Pfui Deibel!)

(C) Das ist alles, was Sie am Kampf gegen den Terrorismus interessiert; denn Sie sind selber geistig Terrorist!

(Lebhafte Pfui-Rufe von der CDU/CSU — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Dieser niederträchtige Kerl! — Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Niedertracht!)

— Der Herr Strauß ist geistig ein Terrorist, habe ich gesagt — geistig!

(Beifall bei der SPD — Pfui-Rufe von der CDU/CSU)

Der Herr Strauß hat hier heute deutlich gesagt, daß der Text aus der Sonthofener Klausur sein Stil ist wie seine Aschermittwochs-Rede in der Nibelungenhalle. Nur können weder Sonthofen noch, wie früher, Vilshofen dafür; das sind alles nur Anhaltspunkte. Wir machen daraus keinen Dunstkreis. Wo Herr Strauß hinkommt, da ist ein Dunstkreis, den bringt er mit.

(Beifall bei der SPD — Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Was bringen Sie denn mit?! — Pfeffermann [CDU/CSU]: Den Marxismus!)

— Jedenfalls keinen Bart, wie Sie ihn haben. — Wenn Sie das Wort „Marxist“ hören, geht es Ihnen so, wie Goebbels damit operiert hat, nicht anders. Sie sind nämlich in dieser Frage genauso dumm, wie es jener war. Nur war er ganz jesuitisch raffiniert.

(Beifall bei der SPD — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Dieser Verleumder! — Anhaltende Pfui-Rufe und lebhaftes Zurufe von der CDU/CSU — Die Abgeordneten der CDU/CSU verlassen den Saal)

Präsident Frau Renger: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Wehner (SPD): Wer herausgeht, muß auch wieder hereinkommen.

(Beifall bei der SPD — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Pfui Deibel! — Dr. Marx [CDU/CSU]: Sie haben uns hier unerträglich beleidigt! Ihnen höre ich nicht mehr zu! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das ist der Nachteil derer, die herausgehen: sie müssen wieder hereinkommen.

(Beifall bei der SPD — Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Wie im Sächsischen Landtag! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen Prost, weil Sie wahrscheinlich dahin gehen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sie Kommunist! — Alter Bolschewist!)

— Sie Grünschnabel!

(Erneute Zurufe von der CDU/CSU)

Nein, nein, der Herr Strauß hat auch aphoristisch gesprochen

(Zurufe von der CDU/CSU: Wie im Sächsischen Landtag! — Bolschewist! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wehner

(A) — machen Sie das draußen auch mit der Hosentasche weiter — und hat Herrn Brandt vorgeworfen, daß der demokratische Staat in unserer Vorstellung überwölbt sei von einer Gesellschaft. Lassen Sie uns das einmal ganz einfach erklären.

Wir haben einen demokratischen Staat, der nach dem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Bundesstaat zu sein hat. In diesem demokratischen Staat, der, wie gesagt, sozialer und demokratischer Bundesstaat zu sein hat, gibt es gleiche staatsbürgerliche Rechte für jede Frau und für jeden Mann. Unsere sozialdemokratische Auffassung ist — und dafür kämpfen wir in diesem Staat, der auch unser Staat ist — völlig im Sinne dessen, was die Verfassung erlaubt. Wir wollen, daß die, die die gleichen staatsbürgerlichen Rechte haben, soweit sie unseren Vorstellungen Geschmack abgewinnen und sich in uns vertreten sehen, mit uns gemeinsam für die Verwirklichung der gleichen sozialen Chancen für jede Frau und für jeden Mann streiten.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Das heißt, wir transformieren gleiche staatsbürgerliche Rechte auf demokratische Weise mit Hilfe dieser staatsbürgerlichen Rechte in gleiche soziale Chancen um, um damit den Staat in den Stand zu versetzen, das zu leisten, was er für die breiten Schichten des Volkes eigentlich leisten müßte.

Dazu sind vor 112 Jahren, woran Brandt erinnert hat, die Sozialdemokraten von Lassalle aufgerufen worden. Zugleich sind sie, nachdem sie durch das Sozialistengesetz erstmals 12 Jahre verboten gewesen sind, versehen worden mit der Erfahrung durch das, was August Bebel ihnen mit auf den weiteren Weg gegeben hat, nämlich, daß das wichtigste Recht derer, die arbeiten, das Recht ist, sich in eigenen freien Organisationen zu vereinigen, zusammenzuschließen und durch diese frei zu wirken. Das ist unser Beitrag für die Menschen, die die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie alle — gleichgültig ob sie Besizende oder Nichtbesizende sind — haben und mit denen zusammen wir diesen Staat zu dem machen wollen, wozu der einzelne, wenn er aus den arbeitenden Schichten kommt, nie instande wäre: das Maß an Bildung, das Maß an Wohlstand und das Maß an dem, was sonst menschenwürdig ist, zu bekommen.

Wenn heute von Terroristen geredet werden muß, sage ich hier in aller Deutlichkeit: Mit Verachtung wenden sich die Arbeiter und Angestellten gegen jene, die mit terroristischen Anschlägen unsere Bundesrepublik angreifen und sich den Anschein geben möchten, sie hätten etwas mit der Arbeiterbewegung zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe ja bemerkt, wie genüßlich solche Herren wie der Papen-Verschnitt oder andere das Wort „Genosse“, wenn es in einem dieser Verbrecher-Kassiber vorkommt, lesen. Ich kann nichts dagegen machen, daß sich auch Verbrecher solcher Bezeichnungen bedienen. Übrigens steht das Wort sogar auch auf Gesetzesvorlagen, die man einbringt: die und die, und die „und Genossen“.

(Zuruf des Abg. Dr. Ehrenberg [SPD])

— Es steht ja da. Natürlich. Ich bin nun 25 Jahre in diesem Parlament; ich habe das schon oft gelesen.

Aber noch einmal zurück zu den Terroristen. Terroristen und Extremisten waren stets Zutreiber und viele von ihnen auch Zuhälter der Reaktion und der dunkelsten Reaktionäre.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unsere Position. Wir haben nichts für die übrig. Wir wissen, daß sie lebensgefährlich für die Arbeiterbewegung sind und gewesen sind in der ganzen Geschichte. Das erste große Verbot der Sozialdemokratie wurde ja ausgelöst durch solche Terroristen und ihre Erschießung eines Menschen, der jetzt im Moment nicht interessant ist genannt zu werden. Die Sozialdemokraten mußten dafür in die Gefängnisse, die Sozialdemokraten mußten dafür ins Exil, die Sozialdemokraten mußten dafür ihre Partei aufgeben. Und so ist die Machart jetzt auch hier, wobei Sie dann Persönlichkeiten haben wie einige derer, die heute geredet haben, die das Ganze mit uns zusammen vermischen möchten.

Nein, nein, die Arbeitnehmer brauchen den demokratischen und sozialen Bundesstaat. Wir haben auf unserer Betriebsrätekonferenz gesagt: Seine Feinde und Verderber sind zuerst unsere Feinde, weil wir uns ihnen stellen.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch einmal zurück zu dem Herrn Strauß. Der Herr Strauß hat 1969 in jenem Buch „Finanzpolitik — Theorie und Wirklichkeit“ das so beschrieben:

Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prognosen die Zukunft als gefährdet vorgaukeln, bis sogar Anwendungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich nur gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe „Krise“, „Depression“, „Inflation“ und ähnliches.

So Strauß damals als Autor jenes Buches „Finanzpolitik — Theorie und Wirklichkeit“ 1969, als er sich über die „üblichen Kassandrarufer von der großen Krise, die auch einen Gesunden halb krank machen könnten“, ausließ.

Und nun kommt das Instrumentarium dazu. Das ist der Inhalt dessen, was als Sonthofener Rede in die Geschichte eingehen wird. Das sind schöne Geschichten, die der Herr Strauß macht. Man hat ihn sozusagen direkt mit angehört.

„Wir brauchen keine Opposition“, hätte ich gesagt, hat der Herr Strauß gesagt. Das ist sozusagen seine Rechtfertigung. Ich hatte mich heute morgen angelegt, als einer derer, die damals überhaupt nicht im Parlament waren und bisher eigentlich nur kurze Zeit hier Gastrollen gegeben haben, behauptet hat, ich habe das in diesem Parlament gesagt. Nie habe ich das im Parlament gesagt. Es gibt einen wissenschaftlichen Dienst. Den möge die Opposition beauftragen, und sie wird bei aller Akribie des Suchens sehen: Es gibt dieses Wort nicht.

Wehner

(A) Aber ich will Ihnen behilflich sein. Ich habe hier eine Fotokopie, nämlich des „Spiegels“. Da erscheinen ja manche Sachen, so auch am Montag die Geschichten von Sonthofen. Das war der „Spiegel“ vom 26. Januar 1970, überschrieben mit ein paar Worten von mir aus diesem Gespräch: „Es gibt kein Scheitern“. Da ging es um die Verträge, da ging es um den Polnischen Vertrag, da ging es um den bevorstehenden angestrebten Grundlagenvertrag. Da stand die Frage: Ja, wird denn das überhaupt gehen, wird das zeitlich gehen? Ich habe gesagt: Ja! Dann gebe ich dem, der darauf hingewiesen hat, insofern recht, als davon, ob wir das so sehen und ob es die Mühe wert ist, fast alles andere abhängt von diesem Vertrag und von dieser Frage mit der Oder/Neiße. Dafür möchte ich der Regierung den Weg mit freihalten helfen, nachdem sie sich entschlossen hat, das zu machen. Es war die erste Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die sich entschlossen hat, diesen Weg zu gehen. Vorher gab es das nicht. Da gab es nur immer Bedenken bzw. nur graduelle Möglichkeiten.

Ich habe betont: das hat nämlich nichts zu tun damit, ob man anerkennt oder nicht anerkennt, was man Oder/Neiße nennt, sondern das hat damit zu tun, in die Verhandlungen zu gehen und deutlich zu machen, daß man nicht ausweicht, sich nicht in die Büsche schlägt, sondern in diesem Punkt eine Antwort gibt, die in Polen befriedigen kann und die hier politisch zu tragen ist. Das ist die Kunst.

(B) Da wurde ich gefragt: Sie sagen „politisch zu tragen“; würde das auch gegen die Opposition möglich sein, oder brauchen Sie dazu die Opposition, nämlich zu diesem Durchsetzen, daß wir einen Vertrag haben müssen mit Warschau und schließlich auch mit Ost-Berlin? Da habe ich erklärt: „Nein, ich brauche die Opposition nicht. Es hängt von der Opposition ab, wie sie sich in diesen Lebensfragen verhält. Sehen Sie, es gibt große Auseinandersetzungen. Es wird auch staatliche Auseinandersetzungen geben, ob es um Menschen geht oder um Quadrat-kilometer. Aber da bin ich nicht dafür, daß die Regierung sämtliche Karten vorher auf den Tisch legen soll. Ich bin nicht für Geheimpolitik in jedem Fall, aber ich finde, daß eine Regierung machen darf, was ihres Amtes ist, und daß da nicht jeder mitreißt“. Es ging darum, ob diese Regierung überhaupt verhandeln dürfe, in Verhandlungen eintreten dürfe, und da habe ich gesagt: Dazu brauche ich — jedenfalls als der Fraktionsvorsitzende im Namen dieser Fraktion — die Opposition nicht, weil die Regierung diese Handlungsfreiheit haben muß.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen, wie unsere und meine Stellung zur Opposition war und ist, da gibt es viele Beispiele. Am 29. Oktober 1969 in der Debatte zur Regierungserklärung der Regierung Brandt/Scheel:

Die Bundestagsfraktion der SPD macht sich zu eigen, was Bundeskanzler Brandt zum Stil und zum Inhalt der bevorstehenden Debatten um die Probleme unseres Volkes und unseres Staates Bundesrepublik Deutschland erklärt hat — ich zitiere das wörtlich —:

(C) Im sachlichen Gegeneinander und im nationalen Miteinander von Regierung und Opposition ist es unsere gemeinsame Verantwortung und Aufgabe, dieser Bundesrepublik eine gute Zukunft zu sichern.

Das halte ich für eine ehrenwerte Absichtserklärung des Bundeskanzlers und seiner Regierung, die wir voll unterstützen. Das betrifft auch und nicht zuletzt die Verhältnisse hier in unserem Parlament. Denn wenn der Bundeskanzler am Schluß seiner Erklärung betont hat:

Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an, wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Innern und nach außen,

so sollten diese Zuversicht und diese Absicht alle Seiten dieses Parlaments teilen und auch teilen können; denn diese Auffassung trennt nicht, sondern sie verbindet; ungeachtet der Gegensätze, um die zu ringen ist.

Das ist das Gegenteil von dem, was Sie mir gerne anhängen wollen und ohne das Sie nicht leben können, wenn Sie Ihre Krisenmacher, Ihre Krisenschüler, Ihre Krisenerfinder und Ihre totalen Konfrontationisten abdecken wollen gegen die Vorwürfe, die ihnen gemacht werden.

(D) Nun sagen Sie, hier im Bundestag habe ja z. B. — da bin ich eben anders als der Herr Strauß — ich ihn angesprochen, am 26. April und am 27. April des Jahres 1972. Das waren zwei sehr schwere Tage für uns, die sozialdemokratische Fraktion und auch die Fraktion der FDP. Da habe ich ihn angesprochen. Er war damals nicht so mutig. Er hat gekniffen. Ich habe nämlich gesagt:

Hier habe ich, was der Abgeordnete Strauß in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CSU hineingerufen hat, z. B.: „Bei der heutigen Regierungskoalition handelt es sich nicht um eine normale Wachablösung, sondern um einen Wandel, ja, um den Beginn eines Umsturzes unserer Gesellschaftsordnung“.

Da gab es nur Unruhe bei Ihnen.

Zum zweiten Punkt! Ich habe dann also darauf hingewiesen, daß noch am Sonntag vor dieser Debatte in demselben bemerkenswerten Blatt — Sie werden es erraten, was es für ein bemerkenswertes Blatt ist, mit jenem Herrn, der auch heute früh hier genannt worden ist — wieder vom Abgeordneten Strauß in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CSU gesagt wurde, daß die Regierung, über die ja in jener Woche abgestimmt werden konnte — damals war der Termin noch nicht festgelegt —, sich auf frischer Tat „ertappt“ fühle bei dem „Versuch, ihren kalten Staatsstreich zu vertuschen“. Und da habe ich noch einmal betont:

Sie nennen den Vertrag von Moskau einen kalten Staatsstreich. Herr Strauß, wie man in den Wald hineinruft — lächeln Sie jetzt, dann werden wir auch lächeln —, so schallt es manchmal wieder wild zurück.

(A) **Wehner**

Sie erfinden alle diese Konfrontationen und versuchen dann, sie anderen anzuhängen. Das ist ihre eigene und einzige Originalität.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen leben Sie vom Aufputschen von Konfliktstimmungen. Wenn ich jetzt in der Stimmung wäre, die man dazu braucht, dann würde ich zu allem auch noch — denn der Bundeskanzler hat Sie ein bißchen kurz wegkommen lassen — die seltsamsten Sätze aus diesem Referat des Landesvorsitzenden Dr. h. c. Franz Josef Strauß auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18. und 19. November durcheilen, damit Sie es wenigstens genauer hören. Aber das mag heute unterbleiben.

Nun aber zuletzt noch zu einer ernsten Frage. Der Herr Strauß hat sich hier anbeischig gemacht, weil er noch erheblich jünger ist als ich. Ich höre manchmal, er wird in diesem Jahre 60, und das erklärt mir manches. Denn ich habe in diesen meinen Lebensjahren manche getroffen, die, ehe sie 60 wurden, ganz unleidlich waren. Das ist ein kritisches Alter für manche Männer. Die waren ganz unleidlich.

(Heiterkeit bei der SPD und der FDP)

— Ja, ja, das ist ein kritisches Alter für manche Männer. So verstehe ich den Herrn Strauß auch, daß er so unleidlich ist. Man sieht es ihm auch an. Das muß man ihm zugute halten.

(Erneute Heiterkeit bei der SPD und der FDP)

(B)

Da hat er nun wieder so ein Kraftwort. Weil hier Otto Wels zitiert worden ist, hat er zu mir gesagt, damals hätte ich nicht neben **Otto Wels** gestanden. Das ist wahr. Jeder weiß — ich habe es nämlich zum Unterschied von anderen nie gelehrt —, daß ich Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands — der richtigen Kommunistischen Partei Deutschlands, nicht irgendeiner nachgemachten von heute — gewesen bin und daß ich vom ersten Tage an, an dem die andern mit ihren Fackeln aufmarschierten — das war mein Auftrag damals —, die Überführung des organisatorischen Teils des zentralen Komitees in die Illegalität zu verantworten hatte. Das habe ich gemacht. Ich war steckbrieflich gesucht und verfolgt, viele Jahre, auch damals schon, als **Otto Wels**, vor dem ich nicht nur wegen dieser Rede hohen Respekt hatte, obwohl ich einer anderen Partei angehörte, gesprochen hat. Nein, nein, natürlich stand ich damals nicht neben ihm. Wir hatten aber hier in unserem Bundestag noch einige, die mit ihm zusammen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Es waren ja nicht sehr viele, die damals gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Wir, Leute wie ich, waren damals schon gejagt; die anderen wurden von da an gejagt. So ging es, das war das Gesetz.

Ich bitte nicht um nachträgliches Beileid. So ist das Leben. Ich weiß ganz genau, ich hätte nie — und das war ja auch mein Wille — mich in einen Bundestag wählen lassen sollen. Kürzlich hat ja jener Ehrenmann, an der Schwelle der 60er Jahre stehend,

gesagt, ein Mensch wie ich gehöre zu denen, die nie legitimerweise in einem demokratisch gewählten Parlament sein dürften. Das ist ein tolles Ding, das ist hier nicht gerügt worden. Ein Kollege, wenn auch nicht des Bundestages, so der Regierung, der Wirtschaftsminister, hat sich nicht direkt an meine Seite gestellt, aber doch wie ein Kavaliere sich gegen diese Unverschämtheit ausgesprochen. Aber aus einem anderen Grund hätte ich hier nicht sein sollen: Wer einmal Kommunist war, den verfolgt Ihre gesittete Gesellschaft bis zum Lebensende, und wenn es geht, läßt sie ihn auch noch durch Terroristen umbringen. Das weiß ich, das ist so, und deswegen habe ich damals Kurt Schumacher gesagt: Die werden mir doch die Haut vom lebendigen Leibe abziehen. Da hat er mir gesagt: Und du bist einer, der das aushält, und du mußt hier sein.

Ich will das nicht weiter wichtig nehmen, ich will Ihnen nur sagen, ich halte noch einen Teil aus, auch wenn ich schon die Schwelle der 60 ein ganzes Stück überschritten habe. Ich hatte solche Schwierigkeiten wie Ihr Herr Strauß nicht, weil ich da zuviel Lebenserfahrung hatte und zuviel Prügel schon hatte einstecken müssen während vieler Jahrzehnte eines Lebens, das wechselvoll war.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, auch der beiden Horchposten der CDU/CSU.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Frau Renger: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Jenninger.

Dr. Jenninger (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Kollegen Wehner beantrage ich für die CDU/CSU eine halbe Stunde Unterbrechung dieser Sitzung.

(Zurufe von der SPD)

Präsident Frau Renger: Meine Damen und Herren, es ist üblich, daß wir einem solchen Wunsch in diesem Hause nachkommen, wenn er im Hinblick auf eine Fraktionssitzung ausgesprochen wird. Ist die Meinung, daß wir diesem Brauch folgen sollten? — Wir unterbrechen die Sitzung bis 23 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 22.26 bis 23.05 Uhr)

Vizepräsident Frau Funcke: Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Kleinert.

Kleinert (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Allzu lange möchte ich es nun nicht mehr machen. Die Fraktion der CDU/CSU hat ja zwischenzeitlich eine gewisse Stärkung benötigt.

(Heiterkeit bei der FDP und der SPD — Lachen bei der CDU/CSU)

Ich will gar nicht vom Thema des heutigen Tages abweichen, sondern ich ziehe eine ganz gerade Linie zwischen dem Verhalten der CDU/CSU-Fraktion

Kleinert

(A) vor einer Dreiviertelstunde und dem, was dieses Land etwa von einer von Ihnen gestellten Regierung in bezug auf Nervenstärke, auf Härte, Ausdauer und Durchsetzungsfähigkeit in Auseinandersetzungen zu erwarten haben würde.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das kann doch wohl nicht wahr sein,

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Billigen Sie, was Wehner gesagt hat?)

daß Sie den ganzen Tag Ihre verschiedenen Kanzlerkandidaten hochschicken, um andere Leute mehr oder weniger subtil zu beleidigen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der SPD — Zuruf von der SPD: Vorsicht, die CDU zieht aus!)

und dann —

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie glauben doch wohl selbst nicht, was Sie da sagen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Herr Amrehn, ich teile Ihnen hier nur ganz sachlich mit, was sich als logische Schlussfolgerung aus Ihrem Verhalten ergibt. So war es nun mal.

Wer austeilen will und austeilen kann, sollte doch mindestens auch einstecken können.

(Beifall bei der FDP und SPD)

Das hat man so im Sport, und das sollte man, zumindest nach dem, was zwischendurch von Ihnen zu hören war, auch in der Politik so halten, zumal nach so hervorragenden Ausführungen wie z. B. denen von Herrn Filbinger

(Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Die des Kollegen Wehner!)

über die feste Haltung und die Bereitschaft, auch bei Gefahr für die eigene Person für eine solche feste Haltung einzustehen. Ich habe darüber nachgedacht — nicht erst, seit Herr Filbinger das gesagt hat. Ich hatte früher schon Veranlassung, darüber nachzudenken, wie das mit dieser festen Haltung ist.

Wir haben sehr viel darüber gehört. Wir haben sehr Eindrucksvolles heute abend von Herrn Bürgermeister Schütz darüber gehört. Das war wirklich überlegt und abgewogen. Andere haben genauso überlegt und abgewogen, bevor sie die schweren Entscheidungen der letzten Wochen getroffen haben.

(Jäger [Wangen] [CDU/CSU]: Herr Kühn und Herr Wehner haben besonders abgewogen gesprochen!)

Eines steht fest: Was der einzelne in der Stunde der Gefahr, im Ernstfall zu leisten in der Lage ist, wie sehr er persönliche Haltung beweisen wird oder nicht, wie sehr er in der Lage sein wird, seine Selbstbeherrschung zu wahren, um in jeder Situation wirklich kühl zu reagieren — wie Leute mit viel Verantwortung das tun sollten — das kann man mit Sicherheit nicht an seinen Reden, auch nicht an seinen Reden im Deutschen Bundestag, ablesen.

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Auch nicht an deinen!)

(C) Das zeigt sich erst in der Stunde der Gefahr — bei uns allen!

Ich erinnere mich z. B. an den Fall eines Ritterkreuzträgers, der in der letzten Legislaturperiode die kämpfende Truppe unter Mitnahme von Waffen und Munition verlassen hat,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

um in Ihrer Fraktion freundliche Aufnahme zu finden. Das waren doch wohl nicht der Mannesmut und die Härte und Standfestigkeit

(Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Oder gerade!)

in der Stunde, in der es gefährlich wurde.

(Beifall bei der FDP und der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich möchte ganz kurz noch einmal, da ja heute über die Sache doch furchtbar wenig gesprochen worden ist,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

in dem Bemühen, weiter diesen Nebel abzublasen, der über die notwendigen sachlichen Diskussionen gelegt wird, damit eben Furcht und Angst im Volk entstehen und damit Sie darauf nach dem Rezept von Sonthofen Ihr Süppchen kochen können, auf die Genesis dessen, über was wir heute zu sprechen haben, zurückkommen.

Herr Dregger sprach — die Auswahl der Vokabeln ist ja jedermanns Angelegenheit — von einer „Käseglocke“, unter der die Herrschaften herangewachsen sind, mit denen wir uns hier unter anderem zu befassen haben. Dies mit der Käseglocke, nun ja, es erinnert etwas an das von Ihnen kritisierte Wort von gewissen häuslichen Verhältnissen, die einmal gelüftet gehören.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber dies hat doch das Wesentliche ausgelassen, es hat nämlich die Tatsache ausgelassen, daß durch einen leichtfertig gewordenen, einen zu selbstsicher gewordenen Umgang mit der Macht durch die CDU/CSU Ende der 50er und bis Mitte der 60er Jahre

(Dr. Klein [Göttingen] [CDU/CSU]: Da haben Sie sich aber beteiligt!)

eine derartige Mißstimmung unter der jungen Generation gegenüber diesem Staat und seinen demokratischen Einrichtungen — sei es zu Recht oder zu Unrecht — entstanden ist.

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Du wirst morgen bereuen, was Du heute abend sagst!)

Daraus erklärt sich die Unruhe, die seit 1965 in immer stärkerem Maße

(Beifall bei der FDP und der SPD)

und kulminierend vor Bildung dieser Regierungskoalition entstanden ist. Das ist überhaupt nicht bestreitbar, wenn man sich mit den Tatsachen und nicht mit wechselseitigen Verdächtigungen beschäftigt.